Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 5.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 556. Halle, Donnerstag, den 27. November. 1919.

Arbeitsaufnahme in Bitterfeld.

Aus dem Bitterfelder Revier.

WTB. Bitterfeld, 27. Nov. Auf den beiden streikenden Werken des Bitterfelder Bezirks hat die Arbeitsaufnahme begonnen. Auf den Anilinwerken arbeiten zurzeit 15 Prozent der Belegschaft, etwa 600 Mann. Auf Elektron I stellen sich Arbeitswillige ein.

Das Charlottenburger Elektrizitätswerk ruht.

Berlin, 27. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Seit heute morgen steht das Charlottenburger Elektrizitätswerk still. Ihre Betriebe sind ohne Strom und Licht und die Straßenbahnen verkehren nicht. Zur Stunde ist es aber gelungen, durch die Beschlagnahme von in Berlin liegenden Kohlenkähnen Abhilfe zu schaffen, so daß man hoffen kann, daß das Elektrizitätswerk Charlottenburg in wenigen Stunden wieder den Betrieb aufnehmen kann. Man hat auch Verhandlungen eingeleitet, daß Berlin aushelfen soll.

Risse im Zentrumsturm.

Berlin, 27. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Zwischen der Zentrumspartei des Reiches und der Bayerns (Bayrische Volkspartei) bestehen erhebliche Differenzen, die sich in den letzten Wochen noch zugespitzt haben, weil die separatistischen Bestrebungen in Bayern erneut und mit großer Schlagkraft aufgenommen wurden. Die Agitation gegen die neue Reichsverfassung und die Tendenz des Zusammenschlusses mit den katholischen Ausländern wamöglich unter der Restaurierung der Monarchie hat bereits einen Umfang angenommen, daß es innerhalb der bayrischen Volkspartei zu ernsten Auseinandersetzungen kam. Zu gleicher Zeit, wo diese Gegensätze auf das Schärfste zum Ausdruck kommen, werden in München Flugblätter verteilt, die die Gründung einer bayrischen Königspartei verkünden.

Bayerns Zentrum für Rupprechts Präsidenten-Kandidatur.

Augsburg, 27. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Augsburger Neuesten Nachrichten" aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich das bayerische Zentrum entschlossen, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht von Bayern für den Reichspräsidentenposten zu befürworten und zu unterstützen.

Das Jubiläum der Rostocker Universität.

WTB. Rostock, 26. Nov. Nachdem am Dienstag abend ein Empfang der Gäste, unter denen Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg neben Vertretern deutscher und auswärtiger Universitäten, von Leitow-Vorbeck, Fregatten-Kapitän Nerger, der bekannte Kommandant des Hilfskreuzers „Wolf", und andere zu nennen sind, die offizielle Feier des 500 jährigen Universitäts-Jubiläums eingeleitet hatte, fand am gestrigen ersten Festtage eine Feier im Stadttheater statt, wo der Rektor der Universität in einer Festrede den Werdegang der Universität in den fünf durchlebten Jahrhunderten schilderte. Darauf fand die offizielle Beglückwünschung durch Vertreter der Regierung und der Stadt, sowie durch die deutschen und auswärtigen Universitäten bzw. Akademien statt. Den Glückwunsch der deutschen Universitäten überbrachte der Rektor der Universität Greifswald, von auswärts erschienen Vertreter der holländischen Universitäten Utrecht, Leyden und Groningen und andere.

Riesenschiebung mit Aluminium.

Bautzen, 27. November. (Eig. Drahtnachricht.) Auf dem Lautawerk ist man einer Riesenschiebung mit Aluminium auf die Spur gekommen. Auf dem Wege von Schwarzenholz bis Eveling und Altona verschwanden zwei Waggons mit Aluminium. Nach Ermittlung des Verkehrsamtes in Torgau sind die Waggons vom Bahnhof Hohenbocka aus als mit Maschinenteilen beladen nach dem Industriebahnhof Berlin bestimmt verschoben worden. Die Landespolizei hat alle Beteiligte festgestellt. Es sind ein Lautawerkangestellter, Eisenbahnassistenten, ein Rangierer, ein Lokomotivführer und ein Zugführer der Staatsbahn. Abnehmer waren zwei Angestellte des Reichsverwertungsamtes Berlin.

Der Budapester Terroristenprozeß.

WTB. Budapest, 27. Nov. (Meldung des Ungar. Korr.-Büros.) Im Terroristenprozeß wurde gestern über die Ermordung des pensionierten Postsparkassen-Direktors Alexander Hollan und seines Sohnes Staatssekretärs Alexander Hollan verhandelt. Angeklagter Terrorist Meszaros erklärte, daß Terrorist Lazar ihm befohlen habe, die beiden Hollan zu erschießen. Beide wurden an das Ufer der Donau geführt. Lazar, Meszaros und noch ein dritter Terrorist stellten sich hinter sie und töteten sie mit je einem Schuß. Auf die Frage des Präsidenten, ob er keine Gewissensbisse gehabt habe, weil er Unschuldige ermordete, erklärte Meszaros, er habe befürchtet, daß Lazar ihm ein Leid zufüge, wenn er nicht gehorche. Der pensionierte Kurialrichter Szlavek und der pensionierte Staatssekretär Karacson, welche gleichfalls am Ostermontag-Nacht als Geiseln verhaftet und mit demselben Lastautomobil abgeführt wurden wie die beiden Hollan, gaben an, daß sie sich im Auto mit dem Gesicht nach abwärts niederlegen mußten, beschimpft und mit Gewehrkolben mißhandelt wurden. Sie erfuhren erst später vom Schicksal der beiden Hollan.

Wann beginnt der Kaiserprozeß?

Haag, 27. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die englische Regierung erwartet, daß der Prozeß gegen den Exkaiser zu Neujahr in London beginnen werde. Der politische Korrespondent der „Daily Mail" versichert, daß alle dazu notwendigen Vorbereitungen getroffen seien.

Keine Genehmigung für die außerordentliche Tagung der Generalsynode.

Berlin, 27. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Minister des provisorischen landesherrlichen Kirchenregiments, Dr. Südekum, Heine und Oeser, haben der evangelischen Kirche die Genehmigung zu der auf den 4. Dezember d. J. in Aussicht genommenen außerordentlichen Tagung der Generalsynode versagt, und zwar so lange, bis sie ihre Verfassung auf Grundlagen stellt, welche den allgemeinen politischen Wahlrechtsgrundsätzen entsprechen.

Bayern gegen die Berliner Finanzpolitik.

München, 25. November. Der bayerische Landtag hat heute seine Wintertagungen aufgenommen mit dem Zusammentritt der Ausschüsse. Im Finanzausschuß wendet sich der Vorsitzende Held gegen die Schematisierung in der Finanzpolitik des Reiches. Der Ausschuß stimmte nach längerer Aussprache wegen der Art der geplanten Landesbesteuerung schließlich folgendem Protest zu: Die bayerische Regierung hat am 24. November einen Protest nach Berlin gesandt gegen die formelle Behandlung wichtiger Bestimmungen des geplanten Landesbesteuerungs-Gesetzes. Der Finanzausschuß schließt sich dem Protest mit allem Nachdruck einstimmig an. Er warnt im Interesse des gesamten Reiches, den betretenen Weg, welcher die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden zerstört, weiterzugehen.

Annahme der Demission Tittonis.

Rom, 27. November. (Eig. Drahtnachricht.) Die vom Minister des Aeußern Tittoni eingereichte Demission wurde angenommen. Senator Scisla wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Franzosen in Bonn.

Köln, 27. November. (Eigene Drahtnachricht.) Wie unser Korrespondent erfährt, werden die englischen Truppen Anfang Dezember die Stadt Bonn verlassen, und an ihre Stelle werden französische Kontingente einrücken.

Deutsche Hilfsaktion für Wien.

Kürzung der deutschen Brotration.

Berlin, 27. November. Das Reichskabinett hat, der „Voss. Ztg." zufolge, eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Für Dezember sollen von jeder Brotkarte in Deutschland 50 Gramm weniger ausgegeben werden und die gesamte Ersparnis (es kommen rund 40 Mill. Nichtselbsterzeuger als Brotkartenin haber in Betracht) von zwei Millionen Kilogramm in der Woche soll den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche Parteien der Nationalversammlung haben ihre Zustimmung erteilt mit Ausnahme der Unabhängigen, die zwar auch ein solches Mehlquantum zur Verfügung stellen, aber keine Abzüge von der Brotkarte zulassen wollen.

„Sofortige Unterzeichnung des Protokolls."

Berlin, 27. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Der Reichsregierung ist durch Kurierübermittlung eine Note der Entente zugegangen, in der die plötzliche Abreise des Geheimrates von Simson aus Paris zum Gegenstand einer Beschwerde gemacht wird. Die Entente beklagt sich insbesondere darüber, daß die deutsche Regierung die Erledigung der gestellten Forderungen „nicht genügend beschleunigt" und daß auf sofortiger Unterzeichnung des Protokolls bestanden werden müßte.

Ein Panama?

Scheidemann und die Brüder Sklarz.

-er. Berlin, 27. November 1919.

Seit Wochen und Monaten wispert die politische Fama, daß in Regierungskreisen ein Panamaskandal bevorstehe. Es handle sich um Millionenschiebungen, in die die führenden Männer der Mehrheitssozialdemokratie verwickelt seien. Man nannte den Reichspräsidenten Ebert, den früheren Ministerpräsidenten Scheidemann, den Reichswehrminister Noske, also die bei der radikalen Opposition verhaßten Namen, woraus hervorgeht, daß bei den Gerüchten der politische Wunsch, unbequeme Männer zu stürzen, der Vater der kriminellen Anschuldigung war. Außerdem sah man ja die, sagen wir, etwas üppige Finanzgebarung der ersten Revolutionszeit und auch noch der heutigen Aera vor sich, und so konnte die Vermutung Raum gewinnen, daß in der Verwendung der amtlichen Gelder nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei, daß sich die Inhaber der jungen Macht im Gefühle des Leichtsinns und Uebermuts an der Revolution bereichert hätten. Lange ging die Verleumdung geheimnisvoll um, wie ein Irrlicht bald hier, bald dort auftauchend. Schließlich nahm sich eine Zeitungskorrespondenz den Mut und verbreitete, was sie zusammengehorcht hatte, unter dem gleich sehr kräftigen Titel: „Revolutionsschieber". In der Hauptsache richteten sich die Anklagen dieser ersten Veröffentlichung gegen die angeblichen Machenschaften der Brüder Sklarz, zweier sehr tüchtiger Berliner Geschäftsleute mit großem Organisationstalent, die ihre Dienste in verschiedenen Fällen der Regierung anboten, natürlich nicht aus uneigennütziger Liebe, sondern um Geld zu verdienen. Soweit dabei nur reelle Geschäfte oder auch Schiebungen getroffen wurden, interessiert heute die mit anderen Dingen überlastete Oeffentlichkeit wenig. Es ist ja in den Revolutionswirren so manche Million danebengegangen. Eine stille Strafkammer mag darüber noch entscheiden. Was aber die Sache zum politischen Skandal macht, ist die Anspielung, daß sich angesehene Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei wiederholt in Konferenzen mit dem Material beschäftigt hätten und daß dabei ein merkwürdiges Licht auf die Führer gefallen sei. Was ist also nun an der Sache? Die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten", das offiziöse Organ der Regierungssozialisten, erklärten sofort in einer ziemlich kurzen Notiz die veröffentlichten Andeutungen als dreisten Schwindel, als Lügen und Verleumdungen. Die „bekannten Führer" seien froh, endlich die herumschwirrenden Gerüchte gerichtlich widerlegen zu können. Es wird also zunächst die Korrespondenz verklagt, die die Büchse der Pandora öffnete. Sodann steht ein Strafprozeß in Aussicht auf Grund der Anzeige der Brüder Sklarz gegen einen durchgegangenen früheren Angestellten Ernst Sonnenfeld, der in Holland in Haft sitzt. Herr Scheidemann, der künftige Oberbürgermeister von Kassel, hat bereits die nächstbeste Gelegenheit benutzt, um seine weiße Weste auszubreiten. Er erklärt genau das Gegenteil der enthüllenden Korrespondenz. Nicht die Brüder Sklarz hätten der Familie Sonnenfeld angeboten, den jungen Mann außer Verfolgung zu setzen, wenn gewisse Dokumente herausgegeben werden, sondern ein Freund Sonnenfelds habe sich an die Brüder Sklarz gewandt mit der Bitte, von einer Strafanzeige abzusehen, sonst gäbe es Enthüllungen gegen die Firma und gegen die Regierung. Also Drohung, Erpressung, Beleidigung und Verleumdung in lieblichem Reigen. Exminister Scheidemann, wie immer sehr temperamentvoll und gewandt, gibt zu, daß sich die führenden Persönlichkeiten der Partei tatsächlich schon am 7. September in einer Konferenz mit dem Material beschäftigt hätten, das Hermann Sonnenfeld, der Vater des Defraudanten, dem Abgeordneten Davidsohn ausgehändigt hatte. Aber es sei mit Respekt zu sagen, „Dreck" gewesen, in schlechten Versen abgefaßt unter Beifügung von amtlichen Schreiben, Legitimationen und Geleitscheinen, deren Echtheit nicht bestritten wird, die aber so wenig Ehrenrühriges erweisen würden wie die ebenfalls beigelegten gefälschten Briefe des ehemaligen Ministerpräsidenten Scheidemann. Merkwürdigerweise behauptet der Exminister, die bisherigen Veröffentlichungen böten nur den Brüdern Sklarz eine Handhabe zu gerichtlichem Vorgehen, noch nicht den angegriffenen politischen Persönlichkeiten. Dieser Meinung wird sich die Oeffentlichkeit wahrscheinlich nicht voll anschließen. Was bis jetzt bekannt wurde, richtet seine Spitze so deutlich und so unmittelbar gegen die politischen Größen, daß alle Karten aufgedeckt und alle Register der öffentlichen

(Fortsetzung folgt.)

Reinigung gezogen werden müssen. Traurig, daß wir wieder in einen Strudel von Gerichtsverhandlungen geraten, aber ohne häufige Gerichtsszenen geht es im politischen Film nicht ab. Das pikante Stück muß durchgerollt werden.

Zur Thüringer Frage.

Vor einiger Zeit wurde anknüpfend an angebliche Aeußerungen des preußischen Ministers des Innern, Heine, in der Oeffentlichkeit die Auffassung vertreten, als wenn die preußische Regierung einem Anschluß einzelner Teile Thüringens an Preußen widerstrebe. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat diese Auffassung keinerlei Berechtigung. Die preußische Regierung steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Bildung neuer selbständiger Gliedstaaten dem von ihr erstrebten Ziele, der Schaffung des deutschen Einheitsstaates, nicht förderlich ist. Nach wie vor kann daher von einer Abtretung preußischer Gebiete an ein selbständiges Großthüringen keine Rede sein. Dagegen werden einer Verwaltungsgemeinschaft zwischen Preußen und der Gesamtheit der Thüringer Staaten oder von Teilen Thüringens keinerlei Schwierigkeiten von Seiten Preußens in den Weg gelegt werden.

Es ist zu erwarten, daß die preußische Regierung dieser Auffassung bei den bevorstehenden Etatberatungen in aller Oeffentlichkeit Ausdruck verleihen wird.

Der Übertritt preußischer Steuerbeamter in die Reichsverwaltung.

Eine Anfrage des Abg. Delius und ihre Beantwortung.

Der Abg. Delius richtete in der Nationalversammlung an die Regierung die folgende Anfrage:

In der Reichsfinanzverwaltung — Abteilung für direkte Steuern — sollen die preußischen Steuerbeamten übernommen werden. Den mittleren Beamten sind bei den Verhandlungen mit den Verbänden gehobene Stellen bei den Landesfinanzämtern und die Leitung von Finanzämtern in Aussicht gestellt worden. In den jetzt den Beamten vorgelegten Uebertrittsformularen ist von den Zugeständnissen keine Rede. Deshalb herrscht unter den mittleren Beamten das größte Mißtrauen, das sich dadurch äußert, daß die Mehrzahl der Beamten sich vorläufig nicht für den Uebertritt in die Reichsverwaltung erklärt.

Eine große Zahl der mittleren Steuerbeamten hat die Veranlagungsarbeiten bei den Behörden selbständig erledigt und verfügt über ein solches Maß von Sachkenntnis, daß ihre Verwendbarkeit in höheren Stellen durchaus geboten ist.

Ist die Regierung bereit, entsprechend dem Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen" den mittleren Beamten gehobene Stellen, für welche sie die Befähigung nachweisen, in ausgedehnterem Maße zu überlassen?

Daraufhin ist inzwischen die folgende Antwort erteilt worden:

Ich beabsichtige, den Beamten der Reichsfinanzverwaltung ein Aufrücken aus den Stellen des unteren Dienstes in den mittleren und aus denen des mittleren Dienstes in den höheren bei nachgewiesener Befähigung allgemein zu ermöglichen. Es können hiernach mittlere Beamte in gehobene Stellen bei den Finanzämtern und Landesfinanzämtern aufrücken und mit der Leitung von Finanzämtern betraut werden. In welchem Umfange dies geschieht, wird von der Stellenzahl, sowie davon abhängen, wieviele Beamte ihre Befähigung für derartige Stellen nachweisen.

Ich bemerke jedoch, daß die Finanzämter in Zukunft einen wesentlich weiteren Geschäftskreis als die bisherigen Veranlagungskommissionen haben. Es werden den Finanzämtern nicht nur die Erhebung der gegen früher wesentlich erweiterten direkten Steuern, sondern auch die gesamten Verkehrssteuern (Stempel-, Erbschafts- und Umsatzsteuer, Grundwechselabgabe) unterstehen. Zu Leitern von Finanzämtern können im allgemeinen nur Beamte gemacht werden, die den erforderlichen Ueberblick über das gesamte Geschäftsgebiet haben, die also, soweit sie aus der Verwaltung der direkten Steuern hervorgegangen sind, sich auch die für die Bearbeitung von Fragen auf dem Gebiete der Verkehrssteuern erforderlichen rechtlichen Kenntnisse angeeignet haben. Soweit die Beamten letzteren ihr eigentliches Spezialgebiet beherrschen, werden sie im allgemeinen nur für gehobene Stellen bei den Finanzämtern oder Landesfinanzämtern in Frage kommen.

In dem Uebernahmeformular, das in seinem Wortlaut mit den Vertretern der Beamtenverbände vereinbart ist, sind den Beamten die in ihrer Person liegenden Aufrückungsmöglichkeiten gewährleistet worden. Darüber hinaus besondere Zusicherungen über die Möglichkeit des Aufrückens in höhere Stellen in das Formular aufzunehmen, lag kein Anlaß vor.

Die Disziplinarstrafen der Beamten.

Unter dem 12. November hat der Abg. Delius an die Nationalversammlung die folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Am 11. April ist folgende Anfrage gestellt worden:

„Während des Krieges sind wiederholt durch Amnestieerlasse gerichtliche und Polizeistrafen niedergeschlagen worden. Dagegen sind Disziplinarstrafen der Beamten nicht erlassen worden.

Unter dem 16. Februar wird in einer Verordnung der preußischen Regierung der Erlaß der bereits erkannten Ordnungsstrafen und ferner die Niederschlagung der noch schwebenden Disziplinarverfahren verfügt.

Ist die Reichsregierung bereit, für die Reichsbeamten eine gleichlautende Bestimmung zu erlassen und ihre Einwirkung bei den Ländern dahin geltend zu machen, daß sich diese dem Vorgehen Preußens anschließen?"

Die Beantwortung ist trotz wiederholter schriftlicher und mündlicher Aufforderungen bisher nicht erfolgt.

Kann die Regierung jetzt Auskunft erteilen?

Der Unterstaatssekretär Lewald erklärt, daß vor wenigen Tagen ein entsprechender Gesetzentwurf dem Reichsrate zugegangen ist und demnächst der Nationalversammlung vorliegen wird.

Noch kein Kompromiß in der Betriebsratsfrage.

Berlin, 27. Nov. Das Kompromiß über die Betriebsrätefragen ist noch nicht zustande gekommen und über den Bilanzparagraphen ist überhaupt noch keine Einigung erreicht. Heute vormittag soll der Ausschuß zunächst nur den Aufsichtsrat-Paragraphen beraten. Am Nachmittag werden die Vertreter der Mehrheitsparteien ihre vertraulichen Besprechungen fortsetzen.

Furchtbare Sterblichkeit in Deutsch-Österreich.

Die Bolschewisten als Nutznießer.

BAO. In Wien und in Deutsch-Oesterreich überhaupt, namentlich in Tirol und Steiermark, herrscht furchtbare Nahrungs- und Kohlennot. Es bestätigt sich eben die Voraussage, daß Deutsch-Oesterreich, nachdem es seine ertragreichsten Länder und seinen ertragfähigsten Boden verloren hat, für sich allein nicht existieren kann. Das Land ist unbedingt auf die Zufuhr aus dem Ausland angewiesen, und da ihm diese zum größten Teil versagt ist und bei dem Tiefstand der österreichischen Valuta — „das österreichische Papiergeld ist jetzt das billigste Tapeziermittel", äußerte jüngst ein Schweizer Beamter — fast unerschwingliche Kosten auferlegt, so ist es kein Wunder, daß selbst früher wohlhabende Kreise in Deutsch-Oesterreich

nicht wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen.

Eine furchtbare Sterblichkeit hat unter den Kindern und älteren Personen eingesetzt.

Der einzige Nutznießer dieses Elends ist natürlich der Bolschewismus. Seine Agitation hat einen Höhepunkt erreicht, die besorgen läßt, daß

Deutsch-Oesterreich wieder vor schweren Unruhen

steht. Selbst die Entente-Kommission in Wien hegt die schlimmsten Befürchtungen und hat einen besonderen Kommissar nach Paris geschickt, um auf die schweren Gefahren dieser Lage aufmerksam zu machen. Aber von dort ist nur mit Vertröstungen und mit dem Hinweis darauf geantwortet worden, daß außer Amerika niemand helfen könne. Aber Amerikas Hilfe steht noch in weiter Ferne. Das einzige Land, das Oesterreich mit der Tat beizustehen sich bereit erklärt hat und auch bereits eine Hilfsaktion begonnen hat, ist das

Deutsche Reich,

das doch selbst keineswegs auf Rosen gebettet ist. Diese Hilfe kann natürlich nur eine unzureichende sein, das wissen die Bolschewisten und deshalb schüren sie emsig weiter, indem sie nicht nur in Deutsch-Oesterreich selbst die allgemeine Not zur Verhetzung benutzen, sondern zu gleicher Zeit in Deutschland die Unzufriedenheit mit den kärglichen Nahrungsmitteln und Kohlentransporten nach Deutsch-Oesterreich in der Bevölkerung nähren. Die Bolschewisten hoffen nämlich, daß das Elend in Oesterreich endlich die neue Revolution hervorrufen werde, die sie dann über die Grenze nach Deutschland weitertragen wollen.

Der Schwarm der Entente-Aufpasser in Deutschland.

Die einige Tage nach Inkrafttreten des Friedensvertrages vom Deutschen Reiche unterzubringenden Kommissionen der Entente, die die Ueberwachung und Durchführung der Friedensbedingungen übertragen erhalten, sind jetzt auf die einzelnen Berliner Hotels verteilt worden. Es kommen allein für die Offiziere etwa 500 Wohnungen in Frage. Ferner müssen noch 800 Mannschaften untergebracht werden. Zu den Offizieren und den Mannschaften kommen noch eine Reihe von Sekretärinnen und Stenotypistinnen, die als im Offizierszrang (!) stehend angesehen werden und für die entsprechende Unterkunft verlangt wird.

Paris—Berlin telegraphisch gestört.

Berlin, 26. November. Die telegraphische Verbindung mit Paris ist seit einigen Tagen gestört, wodurch sich auch erklären, läßt, daß die in französischen Blättern angekündigte neue Note des Obersten Rates an die deutsche Regierung, die dem Erstaunen über die plötzliche Abreise des Herrn von Simson aus Paris Ausdruck geben soll, bisher in Berlin noch nicht eingetroffen ist.

Judenitsch abgesägt.

Stockholm, 26. November. Das finnländische Pressebüro teilt mit, daß Glasenapp zum Kommandanten der russischen Nordwestarmee ernannt worden ist. Die Armee wurde nach ihrem Uebertritt auf estländisches Gebiet unter estländisches Oberkommando gestellt. Judenitsch hat seine Befugnisse niedergelegt und bleibt nur noch Vertreter der Regierung Koltschaks.

Belgien fordert 250 000 deutsche Arbeiter.

Rotterdam, 26. November. Der Brüsseler „Soir" meldet, daß Belgien, unabhängig von der französischen Forderung, von sich 250 000 deutsche Arbeiter anfordere.

Deutsches Reich.

„Erleichterung" der Ostseeblockade.

Kiel, 26. November. Die Ostseestation teilt mit: Die generelle Handelsfreiheit zwischen deutschen Häfen und der deutschen Ostseeküste ist von der alliierten Waffenstillstands-Kommission für Segelschiffe und Motor-Segelschiffe bis zu 100 B.-R.-Tonnen genehmigt worden.

Der neue Zentrumsführer.

Berlin, 27. Nov. Zum ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion wurde gestern der Staatssekretär a. D. Trimborn einstimmig gewählt, zum zweiten bzw. dritten Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Becker und Leicht wiedergewählt.

Reichsnotopfer und kleine Rentner.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Reichsnotopfer hat am Mittwoch noch einige Erleichterungen für die Rentner in das Gesetz eingefügt. Danach sind von dem Vermögen abzuziehen bei den Abgabepflichtigen mit einem steuerbaren Vermögen von nicht mehr als 100 000 Mark, die keinen Anspruch auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge haben. a) im Alter von 45 bis 60 Jahren ein Viertel, b) im Alter von über 60 Jahren ein Drittel des steuerbaren Vermögens bis zu 50 000 Mark. Für das überschießende Vermögen ermäßigt sich die Abgabefreiheit für a) um ein Fünftel, für b) um ein Viertel.

Arbeitermangel und Erwerbslosigkeit.

Kattowitz, 26. November. In Oberschlesien herrscht in allen Revieren weiterhin großer Arbeitermangel. Dieser Arbeitermangel und die Schwierigkeiten in der Arbeiterbeschaffung haben dazu geführt, daß bereits Ausländer als Arbeitskräfte wieder eingestellt werden mußten. Ein größerer Transport aus Mähren ist bereits eingetroffen und untergebracht worden.

Ausland.

Aegypten gegen die englischen Vergewaltigungen.

Paris, 26. November. Das ägyptische Nationalkomitee hat an die „Humanité" ein Telegramm gerichtet, in dem es gegen das Vorgehen der englischen Truppen gegen die friedliche Bewegung des ägyptischen Volkes zur Erlangung seiner Unabhängigkeit protestiert. Der Präsident der ägyptischen Friedensdelegation richtete auch an Präsident Wilson ein Telegramm, in dem er diesen beschwört, das ägyptische Volk zu unterstützen.

Italiens Außenminister geht.

Rom, 26. November. Die vom Minister des Aeußeren Tittoni eingereichte Demission wurde angenommen. Senator Scioji wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Der Kilian-Prozeß.

(Fünfzehnter Tag. — Erster Teil.)

Heute erfolgt zunächst die Vernehmung des Redakteurs Carl Helms von der „Saale-Zeitung".

Vors.: Am 7. Januar hat eine Besetzung der „Saale-Zeitung" stattgefunden, wobei Flugblätter verbrannt worden sein sollen. Erzählen Sie, was Sie darüber wissen.

Zeuge Helms: Mittags kam ein Haufe, teils Soldaten, teils Matrosen. Anfänglich habe ich hierauf nicht geachtet. Ich kam hinzu als 15—20 Mann in der Setzerei waren und die Arbeiter und Angestellten zwangen, die Setzerei zu verlassen. Ich sagte, wir sind darauf angewiesen, unser Brot zu verdienen und appellierte an das Gewissen der Leute, wir wären Arbeiter und verlören den Lohn, die Leute entgegneten mir, das geht uns gar nichts an, und sie fingen weiter, wo sind die Maschinen, wir müssen die Platten herausnehmen. Es wurde auch bereits angefangen, die Flugblätter herunterzuwerfen. In dem Augenblick kam Herr Adolf Thiele hinzu durch den Setzersaal und dort riefen die Matrosen, da ist

Adolf Thiele, schlaat den Hund tot.

Den Setzern drohte man Gewalt an. Darauf wurden nicht nur Flugblätter, sondern auch Inserate und andere Papiere vernichtet. Ich habe mir damals sofort eine eidesstattliche Versicherung geben lassen und zwar von mehreren Seiten, ich habe sie nicht veröffentlicht, um nicht noch mehr böses Blut zu machen, aber ich habe sie bei mir und könnte sie verlesen. Thiele war von mehreren Matrosen umzingelt. In diesem Augenblick sing ich, wo die Sache so bedrohlich war, und die Folgen nicht zu übersehen waren, so daß ich mir sagte, hier muß etwas geschehen, zum Stadthaus. Ich sann nicht zum Soldatenrat, sondern ließ Herrn Ferchländt herausbitten. Zu meiner Verblüffung führte man mich aber vor das Plenum des Soldatenrates und hier sagte ich die vorgekommenen Dinge dar. Danach ging ich wieder ins Geschäft zurück. Hier kam ich auch mit Hartung zusammen, der mir sagte, Sie sind verhaftet, und mir sagte, ich sollte gleich mitkommen, ich sagte, da müssen andere kommen, ich bleibe hier, ich habe hier zu tun.

Vors.: Haben Sie im Stadthaus erzählt Thiele sei vielleicht nicht mehr? — Zeuge Helms: Was inzwischen im Geschäfte geschehen war, nach meinem Weggange, weiß ich nicht mehr, ich habe vielleicht gesagt, vielleicht ist er schon totgeschlagen. Ich bin weggegangen, in einem Augenblicke, wo die Folgen des Ueberfalles nicht zu übersehen waren.

Staatsanwalt: Ist Ihnen ein Plakat an den Anschlagsäulen bekanntgeworden, auf dem mitgeteilt war, daß alles erlogen wäre?

Zeuge Helms: Es befremdet die Sicherheitszustände in Halle ganz eigentümlich, daß die Kommission, die in der „Saale-Zeitung" erschien, nicht etwas unternahm, gegen die, die etwas anrichteten, sondern gegen mich, der den Schutz des Soldatenrates herbeigerufen hatte.

Vors.: Wissen Sie, als die Kommission da war, ob Hartung beauftragt worden war, die Bewachung zu übernehmen?

Zeuge Helms: Nein, ich ging zum Mittagessen und kam erst nachmittags zurück. Es erschien ein Feldwebel, der führte mich zum Stadthaus, dort wurde ich in Schutzhaft genommen und blieb bis zum übernächsten Tage in Haft. Der Präsident des Reichsbürgerrats Dr. Wessel hatte sofort bei Scheidemann als Volksbeauftragten und Dr. Cohen vom Zentralrat meine sofortige Freilassung erwirkt. Das dringende Telegramm ist auch sofort nach Halle gegangen, freigelassen wurde ich aber trotzdem einen Tag später. Ueber die weiteren Vorgänge bis zum 25. Januar kann ich nichts sagen, denn ich war als Kandidat der preußischen Landesversammlung sehr viel unterwegs. Zu einem Zusammenstoß mit dem Angeklagten ist es früher gelegentlich des Verlangens nach Zeitungspapier gekommen. Ich sollte auf Ersuchen eines Verlegers zum Stadthaus gehen, um mit Kilian zu verhandeln. Ich sagte Herrn Kilian, daß wir gar nicht in der Lage wären, Papier abzugeben. Inzwischen war aber ein Mißverständnis entstanden, Kollege Brinkmann sagte nämlich, Sie können wohl etwas Papier bekommen. Kilian sagte zu mir, wenn Sie das Papier nicht gutwillig geben,

dann werden wir es mit Gewalt holen.

Darauf wandte ich mich an die Presseabteilung des Soldatenrates und bat um Schutz.

(Die Vernehmung des Zeugen Helms dauert bei Schluß der Redaktion fort.)

Provinzial-Nachrichten.

In Magdeburg, 26. November. (Quecksilberdiebe.) Der Kaufmann Richard Reisch, der Arbeiter Karl Behrends und der Kernmacher Erich Wende, wurden von einem Polizeiwachtmeister mit zwei Originalflaschen Quecksilber im Werte von 4900 Mark betroffen, das aus einer Schönebecker Fabrik gestohlen war. Sie gaben an, die beiden Flaschen zwischen Buckau und Fermersleben auf einem kleinen Schlitten gefunden zu haben. Der mitgefangene Kaufmann Reisch sollte den Vertauf ermitteln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191127033/fragment/page=0002